

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Aufgrund eines positiven PCR-Tests begab ich mich und 5 weitere Fraktionskollegen am 11. Januar`22 in **häusliche Isolation**. Ich hatte mich im Dezember 2021 boostern lassen – das habe ich für mich so entschieden und hoffe dass viele Weitere dies auch tun



werden und sich freiwillig impfen lassen! Nach 7 Tagen Isolation Test:NEGATIV!! Wir hatten Alle einen milden Verlauf! Jetzt sind wir Alle wieder zurück! Im Homeoffice konnten wir viele Dinge abarbeiten und Neues, Wichtiges anstoßen!

Die Energiepreise sind in den vergangenen zwölf Monaten um rund 30 Prozent gestiegen. Die nächste Jahresnebenkostenabrechnung könnte für viele Menschen in Bayern deshalb eine böse Überraschung bereithalten – und vor allem sozial schwache Haushalte enorm belasten. Wir schlagen deshalb **einen monatlichen Zuschuss für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen** vor, der sich aus den milliardenschweren Einnahmen der staatlichen CO₂-Bepreisung speist und diese wieder an die Bevölkerung zurückgibt. Auch Geringverdiener, die noch ohne Grundsicherungsleistungen auskommen, dürfen nicht benachteiligt werden.

Sorgen bereitet uns auch die **Inflation**. Sie liegt mit weit über fünf Prozent so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Zwar hat Wirtschaftsminister Habeck angekündigt, deshalb Mindestlohn, Hartz-IV-Regelsätze und das Wohngeld anpassen zu wollen – doch wir bezweifeln, dass das genügen wird, um die

enormen Energiepreiszuwächse auszugleichen. **Deshalb bedarf es weitgehender und sofort wirksamer Entlastungen – nicht nur für Privatverbraucher, sondern auch für Unternehmen.** Eine **Absenkung der Stromsteuer** auf das europarechtliche Mindestmaß sowie die **Einführung eines Industriestrompreises** für den stromkostenintensiven Gewerbebereich bilden dabei erste wichtige Maßnahmen. Ebenso gilt es, die **CO₂-Bepreisung** mit Augenmaß und entsprechenden Ausnahmeregelungen für im internationalen Wettbewerb stehende Konzerne zu gestalten, um Carbon Leakage zu vermeiden.

Auch die **Pendlerpauschale** muss deutlich erhöht werden, denn der aktuelle Benzinpreis ist Gift für alle Autofahrerinnen und Autofahrer, die im Flächenstaat Bayern weite Strecken zurücklegen müssen – **schließlich muss Energieversorgung nicht nur sicher, nachhaltig und klimafreundlich, sondern auch sozialverträglich und bezahlbar bleiben.** Vor allem die neue Ampelkoalition sehen wir hier in der Verantwortung: Wir wollen den Bund stärker in die Pflicht nehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltig zu entlasten. Gerade in einer Zeit, in der sich viele Menschen wegen Corona in einer schwierigen Einkommenssituation befinden und „hausgemachte“ Zusatzbelastungen des Bundes nicht mehr stemmen können, bedarf es dringender Unterstützung.



Mit welchen Themen wir uns außerdem befasst haben, haben wir auf den nächsten Seiten für Sie zusammengefasst.

Viel Vergnügen beim Lesen!

Rückblick

Energiesteuerreform: Energiepreis-Entlastung ist längst überfällige Forderung unserer Fraktion

Es freut uns sehr, dass Ministerpräsident Söder immer häufiger auf unsere energiepolitischen Leitlinien einschwenkt – so auch jetzt bei der

Energiesteuerreform. Denn bereits am 11. November 2021 haben wir in einer Aktuellen Stunde umfassende und grundlegende Reformen der Energiepreise angeregt. **Die jetzigen Forderungen Söders decken sich dabei inhaltlich nahezu identisch mit unseren Aussagen zur Energiepreiskrise:** Neben einem **einheitlichen europäischen Industriestrompreis von unter 4 ct/kWh** haben wir auch die **Senkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß sowie die **Anpassung der Mehrwertsteuer für Energie** auf die in den EU-Mitgliedsstaaten reduzierten Sätze gefordert. Insbesondere aber die **schnellstmögliche Absenkung der EEG-Umlage, noch besser die völlige Abschaffung**, gehört nun dringlich umgesetzt. Wir brauchen jetzt vorrangig Entlastung auf dem Energiemarkt! Es wird Zeit, dass die Ampelkoalition endlich ihr großes Instrumentarium an Maßnahmen nutzt, um die Energiepreise



nachhaltig zu senken. Bislang aber kommt auch von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck wenig Neues. Seine jüngste Forderung nach **Unabhängigkeit von Rohstoffimporten** haben wir ebenfalls bereits vor Wochen mit Nachdruck thematisiert. [HIER](#) lesen Sie mehr.

Ausnahmeregelungen für 10H: Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger hat oberste Priorität

Bundesklimaminister Robert Habeck will den Ausbau der Windkraft beschleunigen – auch in Bayern. Diesen Schritt begrüßen wir als FREIE WÄHLER Fraktion ausdrücklich. **Außerdem sind wir erleichtert, dass der Ministerpräsident Bereitschaft signalisiert hat, künftig Ausnahmen von 10 H zu ermöglichen – so kann die Energiewende im Freistaat weiter an Fahrt aufnehmen.** Hierbei gilt es, in einem gemeinsamen Konsens einen geeigneten Mittelweg zu finden. Einen Wildwuchs an Windrädern möchten wir natürlich verhindern. **Denkbare Standorte wären etwa Windvorranggebiete, Repoweringstandorte und Waldflächen.** Damit ließen sich rund **300 neue Windräder** im Freistaat bauen. Die **Akzeptanz** der Bürgerinnen und Bürger hat dabei oberste Priorität und die **Kommunen** müssen bei der Entscheidung über geeignete



Standorte beteiligt werden. **Nur durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien kann eine stabile, klimafreundliche und bezahlbare Stromversorgung sichergestellt werden.** In Bayern sind wir bereits auf einem guten Weg – mit unseren Photovoltaik-Anlagen, ergänzend aber auch mit Biogas, Wasserkraft und Geothermie. Mehr [HIER](#).

Kurznews

Kampf gegen Lebensmittelverschwendung:

Die FREIE WÄHLER-Landtagsabgeordneten **Florian Streibl** und **Hans Friedl** unterstützen den Nürnberger Jesuitenpater Jörg Alt in dessen Kampf gegen Lebensmittelverschwendung. „Rund zwölf Millionen Tonnen Nahrungsmittel landen in Deutschland jedes Jahr im Müll – schon das ist ein Skandal. **Wer Obdachlosen und Tafeln mit Lebensmitteln helfen will, welche andernfalls vernichtet würden, darf deshalb nicht länger in die Mühlen der Justiz geraten**“, erklärte der Vorsitzende der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion **Florian Streibl** am Dienstag in München.



Deshalb fordere er die Ampelregierung im Bund auf, die Gesetzeslage so zu ändern, wie in Frankreich 2016 erfolgt. „Dort läuft es genau umgekehrt: **Supermärkte sind verpflichtet, nicht verkaufte Lebensmittel an örtliche Tafeln oder andere gemeinnützige Organisationen zu spenden. Ihnen ist es verboten, noch Verzehrfähiges einfach wegzuwerfen – bei Zuwiderhandlung droht eine Geldstrafe von bis zu 3.750 Euro.** Was bei unseren französischen Freunden aus gutem Grund möglich ist, sollte auch Deutschland sich zu Herzen nehmen“, sagt **Streibl**. Gegen das sogenannte Containern juristisch vorzugehen entspreche zwar geltender Gesetzeslage, „jedoch leider auch einer geschmacklosen Logik unserer Wegwerfgesellschaft“.

Hans Friedl, Verbraucherschutzpolitischer Fraktionssprecher, unterstützt Streibls Initiative. Selbst im vergleichsweise wohlhabenden Bayern hätten **Tafeln verstärkten Zulauf, auch wegen der aktuell galoppierenden Inflation:** „Immer mehr Alleinerziehende, einkommensschwache Familien und Menschen in Altersarmut sind regelmäßig auf eine kostenlose Ausgabe von Lebensmitteln angewiesen. **Da ist es purer Hohn, noch Haltbares wegschmeißen zu müssen, weil beim Sammeln von Essen aus Containern eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und Diebstahls droht.** Wir rufen ausdrücklich niemanden zum Rechtsbruch auf. Gleichwohl solidarisieren wir uns mit Pater Jörg Alt und wollen dessen Weckruf zum verantwortungsbewussten Umgang mit Lebensmitteln in unsere Gesellschaft tragen“, so der Abgeordnete aus dem oberbayerischen Alling.

Gerade in der wegen Corona zugespitzten aktuellen Notlage müsse jede Anstrengung unternommen werden, um Bedürftigen noch haltbare Lebensmittel zukommen zu lassen und **Verschwendung auf legale Weise zu bekämpfen**, so **Streibl** und **Friedl** unisono. Bundesjustizminister Buschmann sei nun am Zug.

Deutschlandweites Wolfsmanagement ist überfällig – Entnahme muss legal und rechtssicher erfolgen!

Für uns steht fest: Ein Tier muss entnommen werden dürfen, wenn es massive Probleme verursacht. **Dazu fordern wir seit geraumer Zeit, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen.** Gescheitert sind wir damit bisher am Widerstand des Koalitionspartners. Auch Berlin war sechzehn Jahre lang nicht in der Lage, die hohen artenschutzrechtlichen



Hürden zu beseitigen. Die neue Bundesregierung muss schnellstmöglich die Weichen stellen, um weiteren Schaden in der Landwirtschaft und eine potenzielle Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen. MEHR [HIER](#).

Kulturbereich: Bestehende Gerechtigkeitslücke schließen!



Die Kulturbranche hat in den vergangenen Monaten mit umfassenden Hygiene- und Schutzmaßnahmen bewiesen, dass sie für größtmögliche Sicherheit ihrer Gäste und ihres

Personals sorgen kann. Dazu trägt vor allem die FFP2-Maskenpflicht während der gesamten Dauer des Besuchs bei. Insofern klafft derzeit eine Gerechtigkeitslücke zwischen den Corona-Regelungen im Kulturbereich und jenen, die in der Gastronomie gelten, wo die Maske am Platz abgenommen werden darf. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass nun rasch an geeigneter Stelle und mit Augenmaß nachgesteuert wird. MEHR [HIER](#).

Verkehrschaos im Inntal: Wir fordern angemessene Lösungen für Blockabfertigung

Österreich will die Inntalautobahn A12 entlasten.



Im Rahmen der Blockabfertigung haben die österreichischen Behörden deshalb eine sogenannte Dosierstelle eingerichtet. Diese dürfen pro Stunde maximal 250 Lkw passieren – die Folge: kilometerlange Staus. Leidtragende sind insbesondere Touristen, Pendler sowie Autobahnanlieger auf deutscher Seite. Wir fordern Österreich deshalb auf, gemeinsam mit Bayern nach Lösungen zu suchen, die im Geiste der europäischen Solidarität sind und die Mobilität nicht behindern. Der alpenquerende Verkehr ist eine echte Herausforderung, die nur gemeinsam zu lösen ist. Mehr [HIER](#).



Robert Riedl ist neuer kommunalpolitischer Sprecher

Zum 1. Januar 2022 ist Robert Riedl aus dem oberpfälzischen Bad Kötzing als Abgeordneter der FREIE WÄHLER-Fraktion in den Bayerischen Landtag eingezogen. Damit tritt er die Nachfolge von Joachim Hanisch an, der sein Mandat zum Jahresende aus gesundheitlichen Gründen niederlegte. Bei einer außerordentlichen Fraktionssitzung wurde der 66-jährige Riedl als kommunal- sowie sportpolitischer Sprecher berufen, zudem wird er Mitglied im Landessportbeirat. Riedl wurde von der Fraktion auch als Mitglied des Innen- und Sozialausschusses vorgeschlagen sowie als Fachsprecher für Arbeit und Senioren. Mehr [HIER](#) und [HIER](#).



Für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion war er Mann der ersten Stunde, Kommunalexperte und lange Jahre stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Personalunion. Doch zum Jahresende hat sich der Abgeordnete **Joachim Hanisch** aus der Landespolitik zurückgezogen. Das bedauern wir sehr! Ob

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, Kampf gegen Rechtsextremismus oder das 120 Millionen Euro schwere Sanierungsprogramm für kommunale Schwimmbäder: Wir alle danken Joachim Hanisch für dessen herausragende Verdienste in 13 Jahren Landespolitik und wünschen ihm für den Ruhestand nur das Beste – vor allem viel Gesundheit!



Aktuell werden in Deutschland jeden Tag sechs antisemitische Straftaten registriert. Allein bis Anfang November waren das über 1.850 Vorfälle – ein erschreckender Negativrekord. Beim Online-Event „**Blickpunkt B@yern: Antisemitismus entschieden bekämpfen!**“ ging unser Fraktionsvorsitzender **Florian Streibl** mit seinen Gästen deshalb der Frage nach, **wie Antisemitismus effektiver bekämpft und Fake News sowie Hass aus der Verschwörer- und „Querdenker“-Szene unterbunden werden kann.** Hier können Sie die Sendung nochmal in voller Länge ansehen:

Unsere Social-Media-Beiträge – danke fürs Teilen!

Folgen Sie uns mit einem Klick auf die Grafiken:



@fwlandtag



@fwlandtag



@fwlandtag



@fwlandtag

**Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche –
und bitte bleiben Sie gesund!**

#TEAMFRIEDL

Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26 b, 82239 Alling
Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck
